

Dießbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

81 Abend-Ausgabe.

Freitag, 13. Februar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Das Herrenhaus ist zum 19. Februar einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz.

Die schwedische Ministerkrise dauert noch an. Dem Freiherrn v. d. Geer ist es noch nicht gelungen, ein neues Kabinett zu bilden.

Als Nachfolger Kowowhows ist Goremynin zum russischen Ministerpräsidenten ernannt worden.

In Belgisch-Kongo sollen schwere Unruhen ausgebrochen sein.

Russische Minister.

Der russische Ministerpräsident Kowowhows ist jetzt offiziell zurückgetreten.

Ein Wechsel in der Leitung des russischen Ministeriums ist ein bedeutungsvoller Vorgang auch für das Ausland, zumal wenn damit ein Systemwechsel eintreten scheint, wie das zurzeit der Fall sein kann. Es wäre nicht am Platze, Herrn Kowowhows als einem ausgesprochenen Freunde Deutschlands nachzuweisen. Das war er nicht, aber als verantwortlicher oberster Geschäftsführer Russlands hat er sich Freunden und Gegnern seines Landes gegenüber stets als ein verhältnismäßig objektiver Staatsmann erwiesen, dessen oberste Richtschnur nur das Interesse des eigenen Landes ist. Dies Interesse und die Wohlfahrt Russlands erblickte er allerdings nicht in der panlawistischen Hege gegen Deutschland oder in einer Abenteuerpolitik im Orient oder im fernen Osten. In dieser Richtung harmonisierte er vollkommen mit den Tendenzen seines Herrschers, dessen starke Friedensliebe notorisch ist. So kam Herr Kowowhows mit seinem Kaiser besser aus als seinezeit der Minister des Äußerer Graf Murawiew, den die Abneigung des Zaren, Englands Verlegenheit während des Burenkrieges in Indien auszunutzen, bekanntlich zu seiner Verzeiwungstat trieb.

Kowowhows entkam nicht der diplomatischen, sondern der Beamtenlaufbahn. Im Justizministerium, speziell auf dem Gebiete des Gefängniswesens, hat er sich verdient gemacht. Seine politische Rolle im engeren Sinne begann, als er 1890 Geheime des Staatssekretärs des Reichsrates wurde. Im Jahre 1896 machte ihn dann der damalige Finanzminister Witte zu seinem Adjunkten, derselbe, dessen Hand jetzt wesentlich zu seinem Sturze beigetragen hat. Im Jahre 1906 wurde Kowowhows Finanzminister und 1911 nach der Ermordung Stolypins übernahm er den Vorsitz im Ministerium. Er fällt jetzt vorwiegend aus innerpolitischen Gründen. Seine Zusammenarbeit mit „dem Vieh“, der Duma, wie Witte diese Körperschaft zu titulieren liebte, war kein glückliches. Das „betrunkenen Budget“, wie der russische Volksmund den auf dem Schnapsmonopol basierten Staatshaushalt nennt, brachte ihn zu Fall. Russland bewegt sich in einem Circulus vitiosus; Schnaps soll im Interesse der Staatseinnahmen möglichst viel konsumiert werden, aber die Trunksucht soll nicht steigen. Das sie es tat, machte jetzt Witte selber, der Erbauer des Schnapsystems im Reichsrate, dem gelehrigen Schüler zum Vorwurf, und der weisfremde, von klug berechneter Sentimentalität beeinflusste Zar lautete die Ehrenbläser. Man warf ferner Herrn Kowowhows dasjenige vor, daß er nicht günstigere Bedingungen für die jüngsten Anleihen in Frankreich erzielt hätte, während man in Paris ihn dafür verantwortlich machte, daß diese Beträge nicht dem vereinbarten Zwecke, dem Bau strategischer Bahnen, im vollen Umfange zugeführt würden.

Wenn Herr Kowowhows demnach, wie verlautet, den Pariser Botchafterposten erhalten sollte, so wird er jedenfalls der deutschen Politik dort willkommen sein, als der letzte Inhaber, Herr Sawoloff.

Der neue Vorsitzende des russischen Ministeriums, Herr Goremynin, gilt nicht als eine starke politische Persönlichkeit. Die Gefahr besteht daher, daß er nicht mit der gleichen Konsequenz wie sein Vorgänger den panlawistischen Treibereien Zügel anlegen wird. Andererseits wird er aber auch dem Zaren gegenüber einen eigenen Willen schwerlich mit Nachdruck zur Geltung bringen. Der Zar ist aber unter den vielen friedfertigen Staatsoberhäuptern Europas vielleicht der friedlichste, und darauf muß die Hoffnung gebaut werden, daß die panlawistischen Wäme nicht in den Himmel wachsen.

Man spricht auch vom bevorstehenden Austritt des Kriegsministers Suchomlinow, dagegen bleibt der Minister des Äußerer, Herr Sazonow.

Mit diesem Staatsmanne hat die öffentliche Meinung in Deutschland sich in der letzten Zeit mehrfach beschäftigt. Bekanntlich wurde er angezapft, ob von Deutschland her wieder um so unfreundliche Machinationen zu erwarten wären, wie seinerzeit die Aufhebung der Japaner. Dieser unerschämten Geschichtsfälschung gegenüber hat Herr Sazonow auch in seiner zweiten, verbesserten Erklärung nicht diejenige Antwort erteilt, die wir auf Grund unseres freundschaftlichen Verhältnisses zu Russland erwarten durften. Wollte er rückhaltlos der Wahrheit die Ehre geben, so müßte er sagen, nicht Deutschland, sondern England hätte Japan damals gegen Russland geführt und moralisch wie materiell unterstützt. Dann müßte er ferner anerkennen, daß gerade die loyale Neutralität Deutschlands es war, die Russland während des Krieges im Osten Aktionsfreiheit ließ. Daß von diesem durchaus wohlwollenden Verhalten Deutschlands das des verbündeten und befreundeten Frankreichs merkwürdig abfiel, daß die russische Flotte zwang, den sicheren

Schutz der ostasiatischen Häfen aufzugeben und in das Verderben von Tschuschima hinein zu fahren. Die Liste des deutschen Wohlwollens ließe sich noch erheblich verlängern, das Angeführte möge aber genügen.

Tiefe Verklammerung hat in Deutschland ferner die Erklärung Sazonows hervorgerufen, er habe in der Frage der deutschen Militärmission einen vollen Erfolg erzielt. Wenn die deutsche Diplomatie diesen Anlaß nicht für wichtig genug erachtete, um es zu einem Bruch mit Russland kommen zu lassen, wenn wir, wie leider schon viel zu oft, um des Liebens Friedens willen nachgaben, so ist es zum Mindesten nicht sehr taktvoll, sich mit diesem Erfolge zu brüsten.

Dieser unfreundliche und ungeschönte Ton des russischen Ministers wirkt die Frage auf: Gewinnt man die Liebe und die Zuneigung Russlands, wenn man sich schlecht behandelt? Die gute und friedliche Absicht, die die Reichsregierung bei ihrem Entgegenkommen geleitet hat, wird durch dies russische Verhalten in Zukunft beeinträchtigt, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Unsere nationale Empfindlichkeit aber verbietet sich eine derartige Behandlung; und Pflicht der Presse ist es, einmütig zu erklären, daß wir trotz allen guten Willens, mit Russland in Frieden und Freundschaft zu leben, nicht mehr mißspielen, wenn wir derartige Erfahrungen machen müssen.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist solcher Protest am Platze, wo durch das Ausscheiden Kowowhows eine Richtung in Petersburg Platz greifen könnte, die wenig Garantien gegen die Wiederholung solcher Taktlosigkeiten zu bieten geeignet erscheint.

Kowowhows Nachfolger.

Iwan L. Goremynin, der Nachfolger Kowowhows, war schon einmal kurze Zeit russischer Ministerpräsident und zwar vom 10. Mai bis 21. Juli 1906. Seine Ernennung erfolgte damals gleichzeitig mit der Stölpung zum Minister des Innern, Kowowhows zum Finanzminister und des kaiserlichen Schatzkammers zum Oberprokurator des kaiserlichen Senats. Goremynins Ministerpräsidentenschaft ist eng verknüpft mit der Geschichte der ersten russischen Duma, in der er als Reaktionsführer galt. Ihre Auflösung besiegelte auch sein Schicksal und brachte Stölpin in die Höhe.

Von den persönlichen Daten Goremynins sei folgendes erwähnt. Er wurde 1840 in Romgorod geboren, trat 1860 in das erste Departement des Senats und wurde 1866 Botschafter in Venedig. Nachdem er 1884 Oberprokurator des zweiten Departements geworden war, wurde er 1891 Geheime des Justizministers, 1894 Senator und von 1895 bis 1900 Minister des Innern.

Gegen das Aneipenunwesen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die wiederholt schon angekündigte reichs-gesetzliche Neuregelung des Konzessions- und Ueberwachungswezens in Gast- und Schankwirtschaften und Vergnügungsbetrieben niedrigen Ranges ist nunmehr in einem Gesetzesentwurf durchgeführt, der bereits die Zustimmung des Bundesrates erhalten hat und demnach dem Reichstage zugehen wird. Ueber den Inhalt der Vorlage können bereits folgende Mitteilungen gemacht werden:

Die Konzessionsierung neuer Schankwirtschaften, auch derer, die alkoholfreie Getränke abgeben, soll allgemein von dem Nachweis eines wirklich vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht werden. Während ferner die Landesregierungen in Gemeinden durch Gesetze und Ortsstatut diesen Nachweis schon fordern konnten, sollen sie ihn in Zukunft allgemein fordern müssen. Gleichzeitig werden auch erhöhte Anforderungen an die Zuverlässigkeit derjenigen Personen gestellt, die die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb nachsuchen. Schon der durch vorliegende Tatsachen hervorgerufene Verdacht mangelnder Zuverlässigkeit soll in Zukunft zur Konzessionsverweigerung genügen.

Die Einstellung von Kellnerinnen soll nicht glatt verboten werden, weil viele solide Witze und anständige Erwerbstätige weiblichen Geschlechts unverdient schwer von solchem Verbot betroffen würden und weil in den verschiedenen Gegenden des Reichs der Unterschied in dem Verwendungszweck weiblichen Personals tatsächlich ein großer ist. Wohl aber wird den Einzelstaaten der Erlaß einschränkender Vorschriften über die Zulassung, Beschäftigung und Entlohnung der weiblichen Gastwirtschaftsangehörigen anheim gegeben, um offene Mißstände auf diesem Gebiet beseitigen zu können.

In den Kreis der zu überwachenden Schankbetriebe sollen neben den Vergnügungsbetrieben niedrigen Ranges, bei denen der Aneipenbetrieb und Alkoholkonsum an erster Stelle steht, auch die Kinospektakeltheater einbezogen werden. Nach bisheriger Rechtsprechung unterstanden die „Kientöppe“ der Gewerbeordnung nicht, da sie weder Schankwirtschaften von Personen noch theatrale Vorstellungen veranstalteten. Die neue Reglementierung wird bei der pikaresken Vermehrung dieser Vergnügungsbetriebe allgemein als ein Segen auch von den bisherigen soliden Inhabern begrüßt werden.

Schäfer soll auch gegen die lärmenden Musikautomaten zahlreicher Aneipen vorgegangen werden, die oft eine weite Nachbarschaft fast zur Verzweiflung treiben. Die sogenannte „kleine Musik“ wird auch in Zukunft konzessionsfrei bleiben, aber die Orchestermusik und die Automatenkonzerte können in Zukunft verboten werden, und zwar nicht nur in Gast- und Schankwirtschaften, sondern auch in anderen öffentlichen Orten, wo sie Anstoß erregen. Auch die lärmvollen Rummel- und Furlage werden nach dem Gesetzesentwurf besonderen Beschränkungen unterworfen werden können, denen sie seither zum Entsetzen der Anwohner nicht

unterstellt werden konnten. Ebenso kann schärfer gegen Musikaufführungen „von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen“ vorgegangen werden, die sich in den größeren Städten ebenfalls schon lange zu einer Plage der Menschheit herausgebildet haben.

So ergibt eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen, daß die neue Vorlage vielen lautgewordenen Klagen der letzten Jahre Abhilfe verspricht. Einer im ganzen wohlverdienten Aufnahme im Reichstage darf sie um so mehr sicher sein, als bereits einige große Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus Wünsche in gleicher Richtung durch einen gemeinsamen Antrag geäußert haben. Trotzdem werden die einzelnen Paragrafen des Gesetzesentwurfs einer genauen Prüfung daraufhin unterzogen werden müssen, ob nicht durch die wünschenswerten Verbesserungen des heutigen Zustandes wichtige und berechnete Privatinteressen einzelner Berufsstände unnötig geschädigt werden.

Der mit Unterstützung der Nationalliberalen, beider konservativen und der Zentrumspartei im preussischen Landtage eingebrachte Antrag hat folgenden Wortlaut: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, mit allen gesetzlichen Mitteln die zunehmende Unsitte, die einzelnen Paragrafen des Gesetzesentwurfs einer genauen Prüfung daraufhin unterzogen werden müssen, ob nicht durch die wünschenswerten Verbesserungen des heutigen Zustandes wichtige und berechnete Privatinteressen einzelner Berufsstände unnötig geschädigt werden.

Das neue Fideikommißgesetz.

Von einem Manne der ländlichen Verwaltungspraxis, dessen durch reiche Erfahrung geschärftes Urteil Beachtung erfordert, erhalten wir die nachstehenden Darlegungen, die in dem Gesetzesentwurf über das Fideikommißwesen eine erste Gefährdung der inneren Kolonisation erblicken. Die Zuschrift lautet:

„Wenn je ein Gesetz der Verwaltungspraxis weiten Raum gibt, so ist es das neue Fideikommißgesetz, welches jetzt im Entwurfe vorliegt.“

Die Begründung umfaßt 271 Seiten und sagt sehr viel über eine Ausführung, die im Gesetz nicht festgelegt werden soll. Eine Ausführung im guten oder schlimmen Sinne gegen das heute Gesagte ist also je nach der besten Praxis möglich und auch erfahrungsgemäß verwirklicht.

Unterstützung der Kleinolonisation, für die man von dem Gesetze viel erwartete, bringt das Gesetz nicht; deren Freunde sind enttäuscht. Die Begrenzung der Bindung der landm. genutzten Fläche ändert an dem Heutigen, daß wir gegen etwa 10000 Hektar Kleinverteilung, bis zu 48000 Hektar jährl. binden, kaum etwas.

Das Gesetz gestattet maximal eine Bindung der Landwirtschaftsfläche — der Wald bleibt außer Rechnung — bis zu 10 Prozent pro Kreisverband, und ausnahmsweise, da wo die Neugründung öffentlichen Zwecken dient, noch mehr. Eine Grenze ist für diesen Fall nicht gegeben und der Begriff „öffentliche Zwecke“, ist im Texte nicht fixiert; die Entschlebung der ausführenden Organe ist also maßgebend.

Die in Preußen in Betracht kommende Gesamtwirtschaftsfläche ist 2661643 Hektar, 10 Prozent im Landesdurchschnitt, also: 266164 Hektar. Gebunden sind heute 1287287 Hektar. Bis zu 10 Prozent sind also noch: 1374356 Hektar, mehr als das Doppelte von heute. Da der Kreis durchschnittlich aber Maßstab und die vielerorts bestehende härtere Bindung da — bis 18 Prozent — unangetastet bleibt, ist die Grenze tatsächlich erheblich höher; das Dreifache der heutigen Bindung kann gefeselt werden.

Für die 6 östlichen Provinzen mit jetzt bereits 40 Prozent Großbetrieb auf einer Fläche von 15301677 Hektar (ohne Wald), gibt das beispieelsweise im Provinzialdurchschnitt berechnet: 696500 Hektar mehr Fideikommißbesitz, nach Kreisen vielleicht 1000000 Hektar, also etwa 1/15 der Gesamtwirtschaftsfläche. Die Verwirklichung liegt nur bei dem jeweiligen Minister und in der Königl. Genehmigung; die Landtage sind ausgeschaltet.

Viele Fläche ist dann dauernd jeder Kolonisations-tätigkeit entzogen. In einigen anderen Provinzen ist mit dem Gleichen zu rechnen. Das Gesetz in seiner heutigen Fassung bedeutet also nicht eine Förderung, sondern einen Damm gegen unsere Kolonisation; es steht diametral allen seitherigen Bestrebungen dieser Art gegenüber. Hoffentlich legt dagegen unsere Volksvertretung ein ernstliches Veto ein.

Der Konflikt in Schweden.

Aus Stockholm wird gemeldet: In den großen Restaurants von Stockholm wurden gestern die Kundgebungen fortgesetzt. Sven Hedin zog von Votal zu Votal und hielt Reden, während man in den Mäthen der Studenten, die einen Huldigungsaug vor dem Schlosse veranstaltet hatten, eine Sammlung für den Ankauf von Maschinengewehren veranstaltete. In der Zweiten Kammer legte gestern vor vollbelegtem Hause und überfüllten Tribünen der Ministerpräsident Dokumente über den Konflikt zwischen König und Ministerium vor. Daraus geht hervor, daß der Ministerpräsident am Tage vor dem Banernzuge den Inhalt seiner,

des Ministerpräsidenten Rede, zitierte, daß es der König aber abgelehnt hat, über seine (des Königs) Rede genauere Angaben zu machen. Ferner hat der König die vertraulichen mündlichen Besprechungen in dem daraus entstehenden Konflikt selbst ausgedrückt und ohne Kenntnis des Ministeriums der Presse zur Veröffentlichung übergeben. Nachdem die Weers Versuche, ein liberales Ministerium zu bilden, gescheitert sind, hat König Gustav vier Liberale zu einer Konferenz geladen in der Hoffnung, sie durch persönliche Einwirkung zur Übernahme der Ministerposten zu bewegen. Die Abgeordneten haben jedoch sämtlich den Wunsch des Königs abgelehnt und ihm erklärt, daß sie als Liberale nicht in ein Ministerium des Weers eintreten könnten.

Allerlei vom Balkan.

Deutsches Kapital in Albanien.

Der Prinz zu Wied hatte in Rom eine Unterredung mit Direktor v. Gwinner von der Deutschen Bank, der mit dem Prinzen die wirtschaftliche Erschließung Albaniens besprach und die Beteiligung deutschen Kapitals an der in Albanien zu leistenden Arbeit in Aussicht stellte.

Die osmanischen Generalinspektoren.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Pforte wendet sich an die Großmächte, um von ihnen Vorschläge von Kandidaten für die zwei in Ostanatolien zu schaffenden Generalinspektorate zu erhalten. Die Pforte ersucht um die Ernennung von vier Persönlichkeiten, aus denen sie dann zwei ihr genehme wählen wolle.

König Carol von Rumänien gegen den Balkanbund.

Nach in Wien vorliegenden, aus bester Quelle stammenden Meldungen sind die Bemühungen Rumäniens und Bulgariens zum Anschluß an den Balkanbund zu bestimmen, ergebnislos geblieben. König Carol habe diesen beiden Staatsmännern wiederholt erklärt, er wolle sein Land unabhängig und frei von Bindungen zu sehen.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Am Donnerstag beschäftigte sich die 42. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats zunächst mit der Frage der

Einführung von Notstandsstarifen.

Der Referent Geh. Oekonomierat Andrá-Braunsdorf besprach die Verhältnisse in der Nahrungsmittelwirtschaft. Er wies auf deren verfallende Rolle bezüglich des Warentransportes hin und bezeichnete ihre Lage an der Hand von Zahlen, die sich auf die Erbsen- und Weizenpreise beziehen. Er kam zu dem Schluß, daß die Nahrungsmittelwirtschaft nur halten könne, wenn sie wegen des billigen Frachtfusses viel Güter zu verfrachten hat. Deshalb sei der Schaffung einer Konkurrenz durch dauernde und erhebliche Ermäßigungen der Eisenbahnfracht ganz energisch entgegenzutreten. — Der Referent ging hierauf auf die Gutachten der verschiedenen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen ein. Von mehr als zwanzig Gutachten haben sich vierzehn für die Notstandsstarife unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß der Tierhalter im Interesse der Allgemeinheit der Ruhehüter ist. Gegen die Ansicht des Viehhalters gehen die meisten Gutachten zu weit und fordern, daß der Frachtnachschuß nur auf dem Rückvergütungswege direkt dem Landwirte zugute komme. Ausführlich wird nachgewiesen, daß zahlreiche Landwirte, die ohne Bahnfracht bei dem nächsten Händler kaufen, keinen Anteil an den Vorteilen des Notstandsstarifs hätten, was sicher nicht beabsichtigt sein könne. Weiter betont der Referent, daß der Händler, dem unter bestimmten Voraussetzungen die Frachtermäßigung ebenfalls zugute komme, schon durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Tierhalter an der billigen Fracht teilnehmen zu lassen. Der Redner macht hierzu bestimmte Vorschläge. Er ging dann auf eine Aussprache über die Notstandsstarife im Jahre 1912 im Reichstagsministerium des Innern ein und schilderte eingehend die Vorteile und Nachteile des Notstandsstarifs. Er kommt zu dem Schluß, daß die Vorteile überwiegen.

Hierauf wurden die

Anträge

des Referenten angenommen. Von ihnen ist folgender hervorzuheben: „Die Einführung der Notstandsstarife nach schädigenden Ereignissen zu dem Zweck, im Interesse der Allgemeinheit die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf dem Gebiete der Fleischproduktion möglichst zu erhalten, ist unter bestimmten Voraussetzungen zu

empfehlen. Die Förderung der Leistungsfähigkeit der deutschen Nahrungsmittelwirtschaft in trockenen Perioden kann im Interesse der Allgemeinheit nicht genug empfohlen werden. Das geschieht durch die Einrichtung von Talsperren und Herstellung von genügend tiefen, leistungsfähigen Fahrrinnen.“

Als nächster Punkt sollte folgen ein Bericht von Dr. Durr-Riel über die Ergebnisse der vom Reichsamt des Innern unterstützten Versuche über die „Nahrungsförderung der Volksernährung“. Als der Referent über die ersten Sätze gesprochen hatte, wurde er unruhig und mußte abbrechen. So wurde dieser Gegenstand auf Freitag vertagt.

Ueber die Beschränkung der Haftung des persönlichen Schuldners für den Hypothekenausfall

sprach Regierungspräsident Graf v. Brühl-Sigmaringen. Das Bedürfnis nach einer Milderung der geltenden Vorschriften ist seiner Meinung nach noch nicht genügend festgestellt. Der Redner stellte aber den Antrag, die Frage im Auge zu behalten und zu gegebener Zeit in neue Erörterungen einzutreten. Der Antrag wird nach kurzer Berührung angenommen. Ueber die

reichsrechtliche Regelung des Handels mit Futtermitteln, sowie Düngemitteln und Sämereien referierte Landwirtschaftlicher Geheimrat v. Klink. Folgender Antrag gelangte zur Annahme: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat erkennt es dankbar an, daß der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Preußen endlich eine reichsrechtliche Regelung des Verkehrs mit Düngemitteln, Kraftfuttermitteln und Sämereien befürwortet hat und bittet, einen einschlägigen Gesetzentwurf dem Deutschen Landwirtschaftsrat baldmöglichst zur Vorberatung zustellen zu lassen.“

Dann beschäftigte man sich mit der Frage der

Lebensmittelpreise in Europa und den Vereinigten Staaten.

Domänenrat Brödermann-Knechtendorf besprach die Verhältnisse in den in Betracht kommenden europäischen Staaten und stellte fest, daß sich überall in den letzten Jahrzehnten eine Preissteigerung gezeigt habe. Nur im Ausland sei die Tendenz von der der übrigen Staaten abweichend. Es lohne sich heute für Deutschland, aus Ausland Roggen und Hafer auszuführen. Hochwertiges Fleisch sei nicht, wie man wohl annehme, bei uns teurer, sondern in Ausland.

Kurze politische Nachrichten.

Verhandlungen zur Beschränkung der Redefreiheit im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus sind Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien im Gange, die darauf abzielen, die bisherige unbeschränkte Redefreiheit zu begrenzen. Zentrum und Nationalliberale wären geneigt, die Dauer der Reden auf zwei Stunden festzulegen, während die Konservativen den Rednern nur eine Stunde bewilligen und dann das Haus befragt wissen wollen, ob es geneigt sei, den Redner weiter anzuhören.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat gestern vor der Plenarsitzung zusammen, um über die Geschäftspläne zu beraten. Es wurde beschlossen, den Etat des Reichsamts des Innern, wenn möglich, heute zu Ende zu beraten. Am Samstag soll der Etat des Reichsjustizamts beginnen. Dem Seniorenkongress lag ein vom Büro des Reichsstaatssekretärs ausgearbeiteter Kongressentwurf für die Etatsberatung vor, durch den es ermöglicht werden soll, die 2. und 3. Lesung noch vor Ostern fertigzustellen. Ein Bericht darüber wurde aber nicht gefaßt, da Bedenken gegen die Möglichkeit des Einhaltens des Planes erhoben wurden.

In der Reichstagskommission für die Sonntagsruhe

warnte ein Nationalliberaler vor der Klassifizierung. Wenn man nur für größere Städte die volle Sonntagsruhe einführe, so bestehe die Gefahr, daß die Handlungsgeschäfte aus den kleineren Städten abwandern. Ein anderer Nationalliberaler hebt hervor, daß die volle Sonntagsruhe zwar das Ideal sei, daß aber auch viele Stimmen gegen jede weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit laut geworden seien. Das englische Gesetz sei für Deutschland unbrauchbar, da es sich nur auf die sogenannten Bankfeiertage erstrecke. Ein Sozialdemokrat forderte die Regierung auf, sich zum Zentrum frei zu machen; gegen die verwerfliche Klassifizierung sollte sie sich energisch wehren. Zu wünschen wäre die Vorlegung weiterer Materialien über die englische Gesetzgebung. Ein Regierungsvertreter sagte die Beschaffung dieses Materials zu. Ein Konservativer sah in dem Gesetzentwurf

auf Schritt und Tritt überwacht. Sie stehen dem wirklichen Leben nicht gegenüber und machen sich nicht viele Illusionen. Wenn eine geistreiche und aufgeputzte Dame an ihnen vorübergeht, so können sie genau beurteilen, ob sie eine Kokette ist oder nicht, und ebensowenig sind ihnen die anderen Nachrichten der Weltstadt verborgen. Das ist nun einmal unvermeidlich und ist auch ganz gut so. In Berlin W. ist vieles, vieles nur bunter, glänzender Schein, und oft zeigt ein Zusammenstoß, daß das, was man für Gold hielt, nur ein blanker Blendwerk war. Das macht keiflich, bin und wieder sogar bläulich, aber gibt auch eine große Portion Gemütsruhe, die im Leben gut zu gebrauchen ist. Sie greifen das Leben selbst an, diese Mädchen aus Berlin W. und lassen sich nicht leicht verblüffen. Sie verlangen alles, was es ihnen bieten kann, sie wollen sich amüsieren, gehen in Theater, auf Bälle und alle möglichen Festlichkeiten, flirten auch und haben zum großen Teil eine regelrechte Freundschaft mit irgend einem jungen Manne, zeichnen ihn als ihren Ritter vor anderen aus, hummeln auch mit ihm, lassen sich auch von ihm küssen — wozu wären denn sonst die hübschen Ecken in den Anstaltskonditoreien vorhanden und die dunklen Pagen in den Autos, die der Volksmund trefflich „Anstaltskisten“ genannt hat! Aber sie wissen genau, wie weit sie gehen dürfen, und weiter gehen sie nicht.

Was sie auszeichnet, ist ihr praktischer Sinn. Zwar im Haushalt und in der Küche helfen sie selten, denn sie wissen, daß sie das später kaum nötig haben. Und andererseits macht es ihnen wenig Vergnügen. Vielmehr suchen sie sich irgendeine Tätigkeit und nun kommt es darauf an, ob der Erwerbszweck bei ihnen überwiegt oder nicht. Ist es der Fall, so gehen sie ins Leihhaus oder in eine der vielen Handelsschulen, machen einen Kursus durch und nehmen dann eine Stellung in irgend einem Beruf an. Das erwerbstätige junge Mädchen in Berlin rekrutiert sich aus allen Ständen, und die Ansicht, daß Arbeit nicht schändet, setzt sich immer mehr durch. Entweder helfen sie als Buchhalterinnen im väterlichen Geschäft oder sie gehen zu irgend einem anderen Unternehmen, dessen Vetter Wert darauf legt, junge Mädchen aus guter Familie zu beschäftigen. Das ist die eine Möglichkeit; ist die junge Dame weniger praktisch veranlagt, hat sie mehr geistige Interessen, so wird sie es durchsehen, daß man sie auf das Mädchen-gymnasium schickt und wird dann studieren, denn vom Malen und Musizieren als rein — dilettantische Beschäfti-

einen Fortschritt. Im Kleingewerbe sei vollständige Ruhe nicht möglich, vor allem nicht für solche Kleingewerbetler, die ohne fremde Hilfe arbeiten. Als untere Grenze für Städte mit voller Sonntagsruhe sollte man 80 000 Einwohner festlegen. Ein Zentrumsredner spricht sich gegen zu starke Vereinfachung aus. Nach weiterer Erörterung erfolgte Vertagung.

Die Revolution in Ecuador.

Nach einer Depesche aus Guayaquil bombardierten Kanonenboote der Regierung Comeraldas, das dann von den Truppen am Dienstag angegriffen wurde. Man glaubt, daß die Regierung sich dieser Stadt wieder bemächtigt hat. Mehrere Häuser wurden durch Granaten in Brand gesetzt. Die Aufständischen unter dem Befehl des Obersten Gonda weigerten sich, eine neutrale Zone für Nichtkämpfer einzurichten oder den Ausländern zu gestatten, an Bord der im Hafen liegenden Schiffe zu gehen.

Heer und Flotte.

Oberst von Reuter in seiner neuen Garnison. Oberst von Reuter ist am Donnerstag in Frankfurt a. D. eingetroffen. Am heutigen Freitag werden der kommandierende General des 3. Armee-Korps, General von Lohm, und sein Adjutant Freiherr von Wiedem, gleichfalls in Frankfurt a. D. eintreffen, um den Obersten sein neues Regiment Nr. 12 zu übergeben. Zum Empfang des Obersten hatten sich nur wenige Offiziere eingefunden, da seine Ankunft geheim gehalten worden war.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. Februar.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

hielt gestern im Landeshaus in Wiesbaden eine Sitzung unter dem Vorsitz des Vereinsdirektors Rechtsanwalt Dr. Bickel-Wiesbaden ab. Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, dem der Zentralvorstand im Großen und Ganzen zustimmte, nahm er nur in der Weise Stellung, daß er im § 1 des Gesetzes nicht bis 4, sondern bis 5 Stunden Verkaufszeit befürwortete und die Sonntagsverkaufsfrist für den Bezirk einheitlich geregelt zu wissen wünscht. Zu dem Entwurf eines neuen Patents, Gebrauchsmuster- und Warenzeichengesetzes, worüber Landesbankdirektor Assessor Reich-Wiesbaden berichtete, wünschte der Zentralvorstand einige Abänderungen. Den vom Hansabund aufgestellten Grundrissen eines Gesetzentwurfs über das Verdingungswesen (Referent: Regierungsbaumeister a. D. Dr. Wolff) wurde im wesentlichen zugestimmt. Den Beitritt zum Hansabund, worüber Architekt Albert Wolff berichtete, lehnte der Zentralvorstand ab. Einen zustimmenden Standpunkt nahm nach einem Referat des Landesbankdirektors Reich-Wiesbaden der Zentralvorstand zu der öffentlichen Lebensversicherung in Nassau ein. Der Anstellung der Fortbildungsschul-Stiftungslehrer mit Ruhegehaltsberechtigung nach einem Probejahr stimmte, nach einem Bericht des Fortbildungsschul-Stiftungslehrers in Eltville und Limburg. Annahme fand sodann der Antrag um Befreiung der Fortbildungsschul-Stiftungslehrer und der mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Lehrerinnen an den Mädchen-Fortbildungsschulen von der Krankenversicherungspflicht. Bezüglich der Neuorganisation der Mädchen-Fortbildungsschulen war der Zentralvorstand der Ansicht, sie einheitlich zu organisieren und neue Lehrpläne aufzustellen. Schließlich wurde die Anstellung eines technischen Beamten in der Person des Diplomingenieurs Engelmann in Berlin gutgeheißen.

Der gestrigen 10. Vorstellung von „Wir geh'n nach Tegernsee“ wohnten auch Fürst und Fürstin von Schwarzburg-Rudolstadt bei. Die hohen Herrschaften, von jeder treue Gäste des Residenz-Theaters, beteiligten sich lebhaft an dem überaus starken Beifall des vollen Hauses.

Arbeitsjubiläum. Am 14. Februar 1914 sind es 25 Jahre, daß Marie Lang in der Wiesbadener Staniol- und Metallwarenfabrik A. Nach als Fabrikarbeiterin beschäftigt ist. Aus diesem Anlaß wurden der Jubiläarin von der Firma ein Sparbüchlein über 100 Mark und von der Handelskammer ein Diplom überreicht.

Verdingungswesen. Der Herr Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten hat es als erwünscht bezeichnet, wenn die das staatliche Verdingungswesen betref-

fung ist man abgekommen. Wenn schon musiziert oder gemalt werden soll, dann muß es gleich auf dem Konservatorium oder bei einem bedeutenden Künstler sein. Das hindert natürlich nicht, daß die Sache trotzdem dilettantisch bleibt, aber das Niveau ist doch ein anderes. Hin und wieder kommt es auch vor, daß eine junge Dame sich noch für Rufen und Stiden interessiert, aber dann steht sie meistens in eugher Fäulung mit dem allermodernsten Kunstgewerbe und fühlt sich selbst als Kunstgewerbetlerin.

Ueberhaupt, das junge Mädchen von Berlin W. hat Geschmack und ist in allem, was Mode anbetrifft, immer sehr gut unterrichtet. Sie weiß sich auch individuell zu kleiden und ihre „persönliche Note“ sehr geschickt zu unterstreichen, jedoch sie, wenn sie durch klassische Schönheit nicht beirren kann, zum mindesten interessant und darum umso begehrtwerter erscheint.

Und sie treibt Sport. In irgend einer Form wenigstens. Hat der Papa einen großen Geldbeutel, so reitet sie im Sommer im Tiergarten und im Winter im Tatterfall, spielt Tennis, rudert, segelt und treibt im Winter jeden nur möglichen Wintersport in Oberhof oder St. Moritz. Sie achtet dabei nur auf zweierlei: erkens muß es „schick“ aussehen, und zweitens darf es den Teint, die Hände und die Füße nur soweit verderben, daß man gerade damit kuscheln kann. Ist der Geldbeutel des Papas weniger unerhöplich, so sind die Ansprüche bescheiden, aber in irgend einer Form treibt man Sport, und sei es nur, daß man im Winter Schlittschuh läuft.

Das sind die vielverfälschten jungen Mädchen aus dem noch mehr verfallenen Westen Berlins, der sich zwischen Mittendarmplatz, Aufriedendamm und Halensee erstreckt. Ich will nicht behaupten, daß jedes von ihnen nun dem hier gezeichneten Bilde genau entspricht, denn die Einzelnen sind untereinander sehr verschieden, wozu wären sie sonst Individualitäten. Aber wenn man sich der gewiss nicht leichten Aufgabe unterzieht, ein Normalbild zu zeichnen, dann dürfte dieses ungefähr stimmen, auch wenn es der landläufigen Auffassung wenig entspricht.

Kleine Mitteilungen.

Ein Vandeville „Zwischen Wolf und Eins“, dessen Handlung von drei Librettisten — Georg Konow, Max Real und Max Ferner — stammt, wurde im Wiener Lustspieltheater Dank der sehr melodischen Vertonung durch Walter Goetz mit starkem Beifall aufgenommen.

Berliner Brief.

Das junge Mädchen aus Berlin W.

Seit zehn Jahren ungefähr ist das junge Mädchen aus Berlin W. zum Typus geworden, meist in der Form jenes Geschöpfes, das man gewöhnlich halb deutsch, halb englisch Taubentanz-girl nennt. Als Taubentanz-girl spukt es im deutschen Schrifttum herum, in Romanen und in zahllosen Feuilletons, und was da von ihm geschrieben ist, ist eigentlich alles andere als schmeichelt. Meist wird er als der frühesten, fetteste und verderbte Nachschuß geschildert, der nie und gewesen ist, sich heimlich amüsiert, wenn Mama mit der sexuellen Aufklärung kommt, weil er aus Büchern, aus dem Konversationslexikon und von den lieben Freundinnen schon längst alles weiß, und sich höchstens noch die physische Blauheit bewahrt hat, wenn er nach den üblichen durchtaumelten Winterveranstaltungen, nach Bällen, Theater und Wintersport, in die mehr oder weniger handesgemäße Ehe tritt.

So hat sich der Taubentanz-girl, das junge Mädchen aus Berlin W. überhaupt, zum Typus ausgewachsen und wird nicht leicht auszuwachen sein, denn auch dieser Typus existiert, aber man darf ihn nicht verallgemeinern. Geht man nachmittags oder am Sonntag früh über die Taubentanzstrasse, vom Kaufhaus des Westens — kurz R. d. W. genannt — zur Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, so trifft man mehrere Dutzend Exemplare dieser Taubentanz-girls, wie sie ungeniert ihre Blide umherbeweisen lassen und mit den sehr grünen Junglingen, deren ladiertes Habit doch das dumme Gesicht nicht übersehen läßt, sehr ungenierte, verständnisvolle Blicke austauschen, wie sie flirten und kuscheln, aber — es sind wirklich nur einige Dutzend und es sind immer dieselben. Geht man einige Tage hintereinander über die Taubentanzstrasse und macht sich das Vergnügen, sie zu beobachten, so kennt man sie bald und ihre vielfältigen Beziehungen zu der Junglingswelt dieser Strafe.

Aber das junge Mädchen aus Berlin W., wie es wirklich ist, findet man hier ebenso wenig wie unter denen, die am Sonntag früh den Gereiften vorbehaltenen Kurfürstendamm bewandern, oder doch nur selten, wenn es nur zufällig die Bahn kreuzt. Allerdings zugegeben muß werden, anders als die Mädchen außerhalb Berlins sind sie alle, hellhäutiger und hellhäutiger und nicht von der Mama

senden Vorschriften entsprechend den Bestimmungen in dem Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 4. Sept. 1912 auch bei kirchlichen Bauten, die ohne staatliche Bauleitung ausgeführt werden, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse eingeführt und beobachtet werden. Das Kgl. Konstruktionsamt in Wiesbaden hat diesen Wunsch dem nachgeordneten Stellen im Amtsblatt mitgeteilt.

Der erweiterte Geschäftskreis unserer Ortskrankenkasse macht die Reuanstellung einer ganzen Anzahl von Bureaubeamten, Gelderhebern, Kontrollanten etc. nötig. Auf das betreffende Ausschreiben haben sich an die 700 Personen gemeldet, Leute aus Berufsarten, die sonst nicht auf derartige, in der Regel nicht allzu hoch bezahlte Stellen zu reflektieren pflegen.

Die alljährliche Reinigung und Messung der Kochbrunnenquelle findet am Samstag dieser Woche statt. Aus diesem Grunde ist die Kochbrunnen-Einkaufsstelle an diesem Tag von 1—7 Uhr nachmittags geschlossen.

Neue Fernsprechanlagen sind spätestens bis zum 1. März bei dem zuständigen Postamt anzumelden, wenn die Herstellung in dem nächsten, am 1. April beginnenden Bauabschnitt gewünscht wird. Verspätete Anmeldungen können in dem Bauplane meist nicht berücksichtigt werden, jedoch für die gesonderte Ausführung der entfallenden Werkstoffe — mindestens 15 M. — von dem Antragsteller erstattet werden müssen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gr.). Die Portomäßigungen erstreckt sich nur auf die Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „König Albert“ ab Bremen 14. Febr., „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 24. Febr., „Kaiserin Augusta Viktoria“ ab Hamburg 26. Febr., „Bremen“ ab Bremen 28. Febr., „Amerika“ ab Hamburg 5. März, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 7. März, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 10. März, „Imperator“ ab Hamburg 11. März. Postschluß nach Anstalt der Frachtpost. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Raninchenjagd. Die an den Bahndämmen überhandnehmenden Raninchen, die durch ihre Schläge die Bahndämme beschädigen und die Sicherheit des Bahnverkehrs gefährden, sind in den letzten Tagen Gegenstand einer eifrigsten Verfolgung durch von der Bahnverwaltung bestellte Jäger gewesen. Eine große Anzahl der Tiere ist abgeschossen worden.

Ein Autounfall, der zunächst äußerst bedenklich ausfiel, ereignete sich am Donnerstag gegen Abend zwischen Hattersheim und dem Wandersmann. Der Chauffeur des mit weiteren vier Personen besetzten offenen Autos, das sich auf der Rückfahrt von Frankfurt befand, überließ bei dem dichten Nebel eine Kurve. Die Folge davon war, daß das Auto in das Feld hineinfuhr, wobei es umstürzte und sich auf die Seite legte. Die Insassen wurden herausgeschleudert, doch kamen sie bei dem aufgeweichten Boden glücklicherweise ohne Verletzungen davon. Auch das Auto wurde nur ganz unbedeutend beschädigt. Während die Herrschaften sich mit einem Wagen aus Hattersheim zur Bahn begaben und mit dieser ihre Fahrt fortsetzten, erhielt der Chauffeur die Unterhaltung der Insassen von drei weiteren, zufällig des Wegs kommenden Autos. Mit vereinten Kräften richtete man den Wagen wieder auf und unter dem Vorrücken der drei andern Autos wurde er auf die Chaussee zurückgebracht, worauf die Fahrt weitergehen konnte.

Reguläre Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag D, Montag B, Dienstag A, Mittwoch B, Donnerstag D, Freitag C, Samstag aufgeh. Abonnement, Sonntag A, Montag D, Dienstag B.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Die „Gesellschaft Sangesfreunde“ bezieht am Sonntag, 15. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr ihr humoristisches Kappenkonzert mit Tanz im Saale der neuen Adolfshöhe (Böcker-Museum).

Konzert. Bei dem am nächsten Sonntag im Kasino stattfindenden Konzert des evangelischen Kirchengesangsvereins hat Hr. Schilkowski die Klavierbegleitung der Gefänge freundlich übernommen.

Das Thalio-Theater veranstaltet morgen, Samstag, nachmittags eine Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen. Die Vorstellung dauert von 3—4 Uhr.

Nassau und Nachbargebiete.

Neue Westerwaldbahnen.

Seit einiger Zeit tauchen auf dem Westerwald wieder neue Eisenbahnprojekte auf, die ganz interessant sind, aber gar keine Aussicht auf Verwirklichung haben. Wie bekannt, hat die Eisenbahnverwaltung seit Jahren ein Bauprogramm für neue Bahnen auf dem Westerwald

Zur Mitwirkung bei den diesjährigen Richard Wagner- und Mozart-Festspielen in München sind nachstehende Künstler in Aussicht genommen: die Damen Arndt-Ober, Bosetti, Cahier, Dohmen, von Falken, Färber, Kap, Klasing, Köfer, Hofmann-Oegelin, Krüger, Morena, Mottl-Rabender, Perard-Pohl, Sommer, Walter, Weller, Zwarg, sowie die Herren Barrenschien, von Barn, Banberger, Bender, Birrenkoven, Brodersen, Erb, Gehnhals, Geis, Gilmann, Knote, Kuhn, Lohsing, Steglitz von Schall, Foenk-Zimmermann, Bogelstrom, Welter, Rolf, Bador.

Johannes Trawlow's neuestes Werk: „Die Mutter“, eine dreifache Bühnenhandlung, wurde vom neuen Bremer Schauspielhaus zur Uraufführung angenommen und wird am 4. März erstmalig zur Aufführung gelangen. Der neueste Thoma, das dreifache Schauspiel „Die Sippe“, erstele im Deutschen Volkstheater in Wien einen stürmischen Erfolg.

Sprachhefte des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.

Aus der Welt der „Elegance“.

Neben dem „Jahreskalender des Weltreisenden“, den die Zeitschrift „Die Dame“ — nicht zu verwechseln mit der Wochenzeitschrift „Die deutsche Frau“ — kürzlich brachte, stellt „Die elegante Welt“ Regeln auf, wie sich „der Herr“ oder „Madame“ (um Gotteswillen nicht das alte edle deutsche Wort „die Frau“) im Hause und außer dem Hause zu benehmen, ferner, was der „Gent“ alles einzupacken und bei sich zu führen habe, um „mondain“ zu erscheinen; das alles wird dann durch die Vorschriften eines „Tanzdiktators“ abgelöst. Dazu bemerkt eine große Tageszeitung treffend: „Es ist merkwürdig, wie man sich heutzutage Mühe gibt, den biederen deutschen Volksgenossen „zur höheren Kultur zu erziehen“; denn die wirklich Vornehmen brauchen es doch nicht, und die „Parvenus“ werden trotzdem die Fremdwörter weiter verwechseln!“ R. Bräufel (Ludwigshafen).

Der spannende, lebenswahre Roman

Mag auch die Liebe meinen

von Fr. Lehne

ist in zweiter Auflage im Sonderdruck erschienen. Der Bezugspreis desselben ist: broschiert 50 Pfennig. Im voraus m. Umschlag 50 Pfennig. bereits bestellte Exemplare können bei unseren Geschäftsstellen, Nikolastraße 11 und Mauritiusstraße 12, abgeholt werden.

Nach auswärts Zusendung frei gegen Voreinsendung von 60 Pfennig.

festgelegt, die zum größten Teil schon ausgeführt sind. Sie haben bezüglich der wirtschaftlichen Erschließung der einzelnen Gebietsstelle und Hebung des Verkehrs, etc., außerordentlich günstig gewirkt. Als nächste zur Ausführung in Betracht kommende Strecken dürften die Nebenbahnen Gaiger-Guthernhain und Stockhausen-Weilstein zu gelten haben. Gleichzeitig wird an der Verbesserung und dem Ausbau der vorhandenen Strecken vom Westerwald ins Rheinland, nach der Sieg und nach Westfalen gearbeitet. Gerade für diese letzteren Zwecke werden Millionen aufgewendet. Ein weiteres Sorgenkind der Eisenbahnverwaltung ist die Schaffung einer neuen Abfuhrlinie vom Westerwald zum Rhein, wofür die Strecke Selters-Neuwied in Betracht kommen dürfte. Die Vorarbeiten sind gemacht, aber die Mittel sind noch nicht zur Verfügung. Auf die Verwirklichung dieser wichtigen Strecke wird man trotzdem auch in absehbarer Zeit rechnen dürfen. Man kann nun von der Eisenbahnverwaltung nicht verlangen, daß sie sich jetzt schon darüber äußert, welche Strecken auf dem Westerwald demnächst zum Ausbau gelangen; sie ist sich selber noch nicht schlüssig. Das festgelegte Aufstellen neuer Projekte, die z. T. aus technischen und anderen Gründen, auch wegen zu hoher Kosten, etc., gänzlich ausfahrbar sein dürften, hat, wie man uns aus gut unterrichteter Quelle aufmerksam macht, zurzeit gar keinen Zweck.

Hochwassergefahr.

Nachdem das Tauwetter einige Tage angehalten hat und Regen eingetreten ist, ist der erwartete Eisgang auf der Nahe am Donnerstag nachmittag bei Oberheim eingetreten. Gleichzeitig macht sich ein außerordentlich starkes Steigen des Wassers in seinem ganzen Laufe bemerkbar. So ist die Nahe bei Oberheim in den letzten 24 Stunden um 150 Meter gestiegen. Da der Rhein ebenfalls im Steigen begriffen ist, dürfte in ganz kurzer Zeit der Augenblick eintreten, wo der Wasserspiegel des Rheines höher ist, als der der Nahe. Im gleichen Augenblick wird das Wasser an der Nahe vollständig gestaut und die Hochwassergefahr dringend werden. Schon jetzt hat sich die noch vor wenigen Tagen reichende Strömung der Nahe an der Mündung verlangsamt. Ueberall sind jetzt schon Vorbereitungen gegen Hochwasser- und Eisgefahr getroffen worden.

8 Sindlingen, 13. Febr. Straßenbau. Da die Eisenbahnbehörde später Wohnungen für Bahnbeamte beziehungsweise ein größeres Wohngebäude errichten will, so soll dem Rechnung getragen und die projektierte Ortsstraße verlegt werden, damit das Gelände hierfür frei werden kann. Auch ist eine Ueberführung über den Bahnkörper geplant. Mit einer solchen Verhandlung der Natur kann man sich aber hier nicht befassen; auch nicht mit dem Bahnübergang an der Reiskheimer Straße; man wünscht eine Unterführung.

8 Ebersheim, 12. Febr. Gesangswettbewerb. Am 4., 5. und 6. Juli bezieht der Gesangsverein Konfordia, e. V., Frankfurt-Ebersheim das Fest seines fünfzigjährigen Jubiläums. Mit dieser Feier ist ein nationaler Gesangswettbewerb verbunden. Das Protektorat über die Veranstaltung hat Kommerzienrat Gottfried Kleinmühl in Frankfurt-Ebersheim übernommen. Dem Ehrenrat gehören folgende Herren an: der kommandierende General v. Schand, Regierungspräsident Dr. v. Meißner, Polizeipräsident Rich. v. Scheurnichlos, Kammerherr v. Bothmer und Oberbürgermeister Voigt. Hohe Geldpreise stehen in Aussicht, ebenso kostbare Auszeichnungen. Der Kaiser und die Kaiserin haben Ehrenpreise gestiftet, ebenso die Stadtverwaltung. Kommerzienrat Kleinmühl u. a. für die reelle Durchführung des Gesangswettstreits wird der Gesangsverein Konfordia bestens Sorge tragen.

8 Vorchhausen, 12. Febr. Die fiskalische Fischerei im Rheine innerhalb der hiesigen Gemarkungsgrenzen ist ab 1. April an Herrn Gastwirt Johann Dapp, hier, auf die Dauer von sechs Jahren verpachtet worden. Der jährliche Pachtzins beträgt 45 Mark.

8 Braubach, 12. Febr. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde neben anderem der Erlaß eines Ortsstatuts betr. die Straßenreinigung beschlossen. Die Stadt übernimmt die Hofpflichtbeiträge für die den Hausbesitzern zugewiesenen Pflaster. — Der Verkauf von 88 Morgen Wald im District Ruffenried an die Pfl.- und Silberhütte Braubach wurde vertagt, weil eine Ortsbeschickung vorangehen müsse. — Bezüglich der Aufhebung der Kram- und Viehmärkte mit Ausnahme des Marktes am Dienstag nach Ostern sollen, da der Viehaustrich, abgesehen von Schweinen, gleich Null ist, die Viehmärkte im Herbst fortfallen und die übrigen nur noch als Schweinemärkte gelten. — Zur Bestreitung der Kosten, welche für Veranstaltungen in der Fremdenaison entstehen, soll von den in der Sommeraison sich hier aufhaltenden Fremden eine kleine Abgabe (1 M. pro Person, 50 Pfg. für weitere bei Familien) einmalig erhoben werden, wofür freier Zutritt zu Konzerten u. a. gewährt wird. — Die Verchiebung der Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert auf 1915 wurde genehmigt.

3 Bad Ems, 12. Febr. Verschiedenes. Kurz vor Mittag brachte sich der Jäger eines hiesigen Hotels mit einer Pistole eine nicht ungefährliche Schußwunde am Kopfe bei. — Heute weilte eine Regierungskommission in Sachen des Kurjaalneubaus hier. Das neu errichtete Kurjaaltheater und die damit zusammenhängenden Erweiterungsbauten am Kurjaal sind nunmehr unter Dach gebracht und die Arbeiten im Innern in Angriff genommen worden. Auch an dem Nebenabgebauten Teile des

Kurjaals, worin sich der große Konzertsaal befindet, sind die beiden Veranden entfernt worden, um durch stützende Ausbühnungen ersetzt zu werden.

4 Limburg, 12. Febr. Zu Geschworenen für die am 9. März unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geh. Justizrats v. Hugo beginnende diesjährige 1. Schwurgerichtsperiode wurden ausgeteilt: Möbus, Hermann, Bergverwalter in Oberfeld; Hedelmann, Wilhelm Christian, Landmann in Deringen; Dr. Jung, Oberlehrer in Sada-mar; Müller, Heinrich Eduard, Landmann in Frohnhäusen; Steinbauer, Adolf, Landmann in Dietenhäusen; Kurz, Alfred, Bierbrauereibesitzer in Weilsburg; Raabe, August, Gastwirt in Baldgrünes; Daxel, Wilhelm, Landmann in Oberwies; Jodel, Heinrich, hiesiger Kammererrat in Braunfels; Kautz, Heinrich, Kaufmann in Bad Ems; Obenauer, Albert, Fabrikbesitzer in Limburg; Speler, Gg., Kaufmann in Bismar; Kalltever, Josef, Landwirt in Mählen; Holmann, Eberhard, Mechaniker in Weilsburg; Dr. Anton Bellgard, Professor in Dillenburg; Drosch, Wilh., Kaufmann und Vorsteher in Stockhausen; van Schellen-bed, Anton, Fabrikant in Weilsburg; Stahl, Heinrich, Landmann in Drommershausen; Schmidt, Karl, Forstmeister in Weilsburg; Reipen, Karl, Landwirt in Schiebsheim; Wagner, Wilhelm, Kenner in Oberneien; Arthen, Albert, Bürgermeister in Oberbreiden; Binkelmann, Gustav, Direktor in Weilsburg; Radinger, Jakob, Architekt in Limburg; Gault, Johannes, Landwirt in Oberndorf; Deller, Georg, Landmann in Hellenhahn; Kofenkranz, Friedrich, Lederfabrikant in Weilsburg; Steinbauer, Karl, Revierförster in Berg-Nassau; Amend, Karl, Landwirt in Reulshagen; Dr. Ludwig Immhäuser, Seminar-Oberlehrer in Weilsburg.

T. Bingen, 12. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung kam noch einmal die Frage der Gasfernheizungsanlage für die Straßenbeleuchtung zur Sprache. Es waren noch Auskünfte von Mainz, Frankfurt und Wiesbaden eingelaufen, die sich sämtlich sehr günstig äußerten. Auch von den einzelnen Stadtverordneten waren Auskünfte eingeholt worden. Nach recht langer Aussprache wurde gegen zwei Stimmen die Anschaffung dieser Anlage beschlossen.

N. Wörsheim, 12. Febr. Brand. Lebensüberdrüssig. In der letzten Nacht brach im Gräflichen Anwesen plötzlich Feuer aus, das durch das energische Eingreifen der Feuerwehr auf seinen Fortschritt beschränkt blieb. Im letzten Augenblick noch konnte sich die Familie Trochmüller von dem sicheren Flammentode durch Sprung aus dem Fenster retten. — Im nahen Dittelsheim wurde der Landwirt Philipp Spiek im Kellerhause erhängt aufgefunden. Wie man hört, sollen wirtschaftliche Rückschlüsse den allgemein geachteten Mann in den Tod getrieben haben.

n. Hanau, 13. Febr. Wem gehört das Auto? In der Brauerei Nikolai wurde dieser Tage von einem Unbekannten ein vierstelliges Automobil eingeklinkt mit der Bemerkung, er werde es am nächsten Vormittag wieder abholen. Das Automobil ist aber bis heute noch nicht abgeholt worden. Es trägt die Nr. II D 929, ist grünbraun lackiert und stammt aus der Berliner Motowagenfabrik G. m. b. H.

Gericht und Rechtssprechung.

Zwei heftige Abgeordnete verurteilt.

In dem bekannten Beleidigungsprozeß der beiden hiesigen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalts Dr. Winkler und Justizrats Grünwald wurde heute Vormittag 9 Uhr das Urteil gesprochen. Dr. Winkler wurde wegen Vergehens gegen die §§ 186 und 203 des Strafgesetzbuchs zu 600 M. oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt und wegen der übrigen unter Anklage stehenden Delikte freigesprochen. Die wegen Veröffentlichung von Winklerschen Auslassungen angeklagten vier hiesigen Redakteure wurden freigesprochen. Gegen Grünwald, gegen den Winkler Widerklage angebracht hatte, wurde auf eine Geldstrafe von 100 M. oder 10 Tage Gefängnis erkannt. Ferner wurde Grünwald die Publikationsbeschluss zuerkannt.

Ausfassen Sie mir den Dudel runter!

Die Frage, ob die freundliche Aufforderung: „Rutchen Sie mir den Dudel runter!“ eine Beleidigung darstellt, bildete den Gegenstand längerer Erörterungen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Wegen Beleidigung war die Gattin eines in Schöneberg wohnhaften Kaufmanns angeklagt. Der Ehemann der Angeklagten hatte gegen eine Frau eine Beleidigungsanfrage angestrengt und hatte in dem vorausgehenden Sühneverfahren den zuständigen Schiedsmann, den Fabrikbesitzer Schrader, gebeten, den Sühnetermin auf einen bestimmten Tag und auf eine bestimmte Stunde zu verlegen. Als der Kläger trotzdem nicht erschien, rief der Schiedsmann telefonisch in seiner Wohnung an. Und als er der allein anwesenden Ehefrau den Sachverhalt mitteilte, wurde mit den Worten: „Ach, rutchen Sie mir den Dudel runter!“ der Hörer aufgehängt. Der Zeuge erklärte in dieser freundlichen Aufforderung eine Beleidigung und stellte Strafantrag. Die Anklageanwaltschaft erhob wegen vorliegenden öffentlichen Interesses Anklage. Vor Gericht behauptete die Angeklagte, daß sie kurz vorher mit ihrem Dienstmädchen „Kraus“ gehabt habe und daß sich jene Worte auf das Dienstmädchen bezogen hätten. Ihr Verteidiger macht geltend, daß die Worte: „Rutchen Sie mir den Dudel runter!“ nicht, wie früher, etwa den Sinn der bekannten Aufforderung des Ochs von Verklungen hätten, sondern von vielen Leuten im Scherz, wie in der Erregung an Stelle der Worte: „Lassen Sie mich aufleben“ gebraucht würden. Das Gericht hielt der Angeklagten ihre damalige Erregung und eine bei ihr vorhandene Nervosität zugute und erkannte nur auf 30 M. Geldstrafe.

Sport.

Das Muffelwild im Taunus. Nach den Mitteilungen des „Zoologischen Beobachters“ ist im Bestande an Muffelwild im Taunus, das heißt an Mufflons oder sardinischen Wildschafen, wie sie in Sardinien und Korsika als einzige Art des europäischen Wildschafs noch in echter Ursprünglichkeit leben und neuerdings verhältnismäßig in nördlicheren Revieren, zum Beispiel in Teilen Tirols und des Harzes, angesiedelt wurden, ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen. In den letzten Wochen wurde das Wegeh im nördlichen Taunus hergekehrt und vier Stück Mufflons, drei weibliche und ein männliches, aus Ungarn befreit. Dagegen wurden im Südaunus im Jahre 1912 wiederum acht Stämme in die freie Wildbahn gesetzt, und es ist kein Zweifel, daß diese Tiere ebenso wie der etwa ebenso große frühere Bestand sich gut eingewöhnt haben und fortpflanzten. Der Gesamtbestand im Taunus ist freilich immer noch nicht sehr groß; er dürfte zurzeit 25 bis 27 Stück betragen. Bei Cronberg wird am Mittwoch ein Muffel, bestehend aus neun Stück, regelmäßig beobachtet; ebenso heißt bei Homburg ein sogar fünfzehn bis sechzehn Stück starkes

Hohe's Nährmalz - Malz - Hervorragendes Ernährungsmittel für Gesunde und Kranke, für Jung und Alt.
In allen Apotheken des Reichs zu Mk. 1.60 zu haben.
Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. E 50

Städtische Kurverwaltung.

